

Medienmappe

Zum virtuellen Mediengespräch:

Spaltung der Gesellschaft und Krise der Politik – Gibt es den „Trumpismus“ auch in Europa und Österreich?

18. November 2020, 10.00 Uhr

Die US-Wahl und Donald Trump sind geschlagen, aber der „Trumpismus“ wird bleiben. Das Mediengespräch nimmt die US-Wahl zum Anlass, um das dahinterliegende Phänomen der sozialen Spaltung der Gesellschaft und den Aufstieg des Rechtspopulismus für Europa und Österreich aus sozialwissenschaftlicher Perspektive zu beleuchten.

Obwohl die Strukturen der europäischen Gesellschaften gravierende Unterschiede zu jener der USA aufweisen, ist das Phänomen Trump mittlerweile ein globales. Es schlägt sich auch bei uns in einem europaweiten Umbruch des Parteiensystems und in einem Verschieben der öffentlichen Debatten nach rechts nieder. Das Mediengespräch spürt den sich weltweit bildenden sozialen Spaltungslinien sowie der daraus resultierenden Krise der politischen Repräsentation für Deutschland und Österreich evidenzbasiert nach. Und es analysiert das Potenzial der davon ausgehenden Gefährdungen des demokratischen Systems für unsere Gesellschaft(en). Die Inputs der beteiligten Wissenschaftler*innen werfen einen Blick hinter die zumeist tagespolitisch orientierten Debatten und arbeiten die darunterliegende Tiefengeschichte des Phänomens heraus.

Inputs:

[Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer](#) (Universität Bielefeld): **Langfristigkeit: Ökonomische und soziale Desintegration verstärken rechte Bedrohungsallianzen**

[Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Brigitte Aulenbacher](#) (JKU Linz): **Tiefengeschichten: Prekäre Verhältnisse, soziale Spaltungen und Populismus**

[Dr.ⁱⁿ Carina Altreiter](#) (WU Wien): **Spaltungslinien in der österreichischen Gegenwartsgesellschaft**

Moderation: Dr. Manfred Krenn (Diskurs. Das Wissenschaftsnetz)

Eine Veranstaltung von [Diskurs. Das Wissenschaftsnetz](#)

Abstracts der Inputs

Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer: Langfristigkeit: Ökonomische und soziale Desintegration verstärken rechte Bedrohungsallianzen

Die aktuellen politischen Probleme von Demokratien in Europa sind nur dann angemessen einzuschätzen, wenn man die langfristigen Prozesse, spätestens seit der Jahrtausendwende betrachtet, weil es schon damals Prognosen gab, dass wir vor einem autoritären Jahrhundert stehen würden.

Meine These 2001 war, dass sich ein autoritärer Kapitalismus im Zuge des Neoliberalismus herausbilden würde mit riesigen Kontrollgewinnen, während die nationalstaatliche Politik gleichzeitig enorme Kontrollverluste hinnehmen müsste. Dies wäre auch mit sozialen Desintegrationsprozessen in Teilen der Bevölkerung einschließlich individueller Kontrollverluste über die eigene Biografie verbunden. Dies würde zu veränderten Sichtweisen auf die demokratische Politik führen. Es gäbe eine „Demokratieentleerung“, d.h. der Apparat funktioniert, das Vertrauen erodiert. Die These prognostizierte auch, dass ein rabiater Rechtspopulismus der Gewinner sein würde.

Diese Prozesse haben sich fortgesetzt und in unterschiedlichen Varianten zu einer politischen *Eindunkelung* Europas geführt, indem *autoritäre Versuchungen* in Teilen der Bevölkerungen zugenommen haben. In Deutschland haben diese Versuchungen 2015 einen politischen Ort gefunden, indem sich der *Autoritäre Nationalradikalismus* der AfD herausgebildet und inzwischen auf dem Hintergrund von Einstellungen einer *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* in Teilen der Bevölkerung auch eine stabile Wählerschaft erreicht hat.

Zu den Treibern dieser Entwicklung gehört die zunehmende *soziale Ungleichheit*, als ein Element von sozialer Desintegration im Sinne von Status- und Anerkennungsverlusten, und auch die immer stärker werdenden *Identitätspolitiken* im Sinne von Zugehörigkeit oder Ausgrenzung. Dabei ist auffällig, dass auch im linken politischen Spektrum solche Identitätspolitiken – etwa im Zusammenhang mit Rassismus – aggressiv zur Geltung gebracht werden. Beide Treiber sind gesellschaftszerstörerisch.

Nutznieser dieser *vielfältigen Spaltungen* sind *rechte Bedrohungsallianzen*, die sich ausdifferenziert haben und so auch einer rohen Bürgerlichkeit deutliche Anschlussmöglichkeiten bieten. Sie haben sich dynamisiert und rechte Bedrohungsallianzen sind vielfach in der politischen Offensive gegen die offene Gesellschaft und die liberale Demokratie.

Die Erscheinungsformen variieren in europäischen Gesellschaften, wie auch auf dem amerikanischen Doppelkontinent (USA, Brasilien). Die Richtung nicht.

In der Forschung und in der politischen Debatte dominiert der Fokus einer rechten Aufheizung in den sozialen Netzen. Gleichzeitig erfolgt aber eine gefährliche Unterschätzung der sozialgeografischen Peripherie als Ursachen-, Mobilisierungs- und Normalisierungskontext. Dies lässt sich sowohl an international vergleichenden empirischen Studien zeigen als auch in Studien zu Ostdeutschland. Ablesen kann man das in den Wählerschaften des mittleren Westens der USA mit dem *rust belt* und auch in kleinerem Maßstab in den ländlich-kleinstädtischen Gebieten Ostdeutschlands. Die Ursachen gruppieren sich um soziale Desintegration, Anerkennungs- und Wahrnehmungsverlusten durch politische Eliten.

Dies führt auch zu den Ansätzen einer Gegenoffensive: Solange es unterbleibt, eine dezidierte Politik gegen die zunehmende soziale Ungleichheit zu betreiben, die soziale Anerkennung beinhalten muss, wird die gesellschaftszerstörerische Identitätspolitik weiter um sich greifen.

Offen ist, ob der anonyme Finanzkapitalismus mit seiner Kontrollmacht dies überhaupt zulässt.

Heitmeyer, W.: Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I. Suhrkamp 2018

Heitmeyer, W./Freiheit, M./Sitzer, P.: Rechte Bedrohungsallianzen. Signaturen der Bedrohung II.

Suhrkamp 2020.

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Brigitte Aulenbacher: Tiefengeschichten: Prekäre Verhältnisse, soziale Spaltungen und Populismus

„Ich wollte wissen, was die Menschen fühlen wollen, was sie ihrer Ansicht nach fühlen sollten oder nicht fühlen dürfen, und wie ihre emotionale Einstellung zu einer ganzen Reihe von Themen aussieht. [...] Mir wurde klar, dass wir uns diesem Kern über eine Tiefengeschichte, wie ich es nenne, nähern können, eine Darstellung, die sich wahr anfühlt. [...] Die Tiefengeschichte sollte mich zu den gefühlsmäßigen Geboten und Verboten, zum Gefühlsmanagement und den Kerngefühlen führen, die charismatische Führer schüren. Wie sich zeigen wird, hat jeder eine Tiefengeschichte.“ (Hochschild 2017: 34f.)

Das Zitat stammt aus Arlie Hochschilds Untersuchung „Fremd im eigenen Land“, in der sie WählerInnen von Tea Party und Donald Trump begleitet hat, um einem „großen Paradox“ (ebd., 17ff.) auf die Spur zu kommen: Sie befürworteten eine Politik, deren Auswirkungen, sei es hinsichtlich der Wirtschafts-, Umwelt- oder Gesundheitspolitik, ihnen schadet. Das US-amerikanische Moment besteht darin, dass das populistische Versprechen „make America great again“ vor allem für Angehörige der einheimischen, weißen, männlichen Mittel- und Arbeiterschichten, die sich vom „amerikanischen Traum“ (ebd., 188ff.) abgehängt sehen, zu einem nationalistischen (Wieder)Aufstiegsversprechen geworden ist. Ein Gemeinsames der vielen Tiefengeschichten sehe ich darin, das überkommene kapitalistische Wachstums- und Fortschrittsmodell und damit eine Lebensweise fortzuschreiben, die weder ökologisch noch sozial zukunftsfähig ist, deren ökonomische Krisenhaftigkeit evident ist und die zusehends mit autoritären Politiken zu befestigen gesucht wird.

Seit der Finanzkrise und unter den Vorzeichen von Austerität gehören prekäre Verhältnisse und soziale Ungleichheiten auch in Europa in neuem Ausmaß zur Lebensrealität (Vobruba 2017). Wie in den USA ist es rechtspopulistischen Parteien gelungen, sich die soziale Frage zu eigen zu machen und damit an die Prekaritätserfahrungen von Menschen anzuknüpfen. Nach innen verbindet sich dies mit der Anrufung und Modernisierung tradierter Ordnungen, etwa zwischen den Geschlechtern, nach außen mit migrationspolitischer Abschottung und Nationalismus (Becker et al. 2018). Soziale Spaltungen, die sich aus der Umverteilung von unten nach oben (Piketty 2015) ergeben haben, Wirtschaftsliberalismus und Austerität, Klimawandel, Demokratieverluste sind zeitgleich zum Thema zahlreicher Proteste in einem weiten Spektrum progressiver Kräfte geworden.

Die Covid-19 Pandemie trifft auf einen gesellschaftlichen Zustand, der in der internationalen Forschung als Interregnum beschrieben wird (Hosseini et al. 2021). Reichweite und Richtung der beobachtbaren Transformationen – sind wir auf dem Weg in eine post-kapitalistische Gesellschaft oder einer erneuten Konsolidierung des Kapitalismus – sind ungewiss und

werden gesellschaftlich entschieden. In dieser Situation tritt ein noch anderes „Paradox“ als das zuvor genannte zu Tage: Die Pandemie betrifft alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche so, dass bisherige Erfahrungen und Gewissheiten hinterfragt werden können und auch die „Tiefengeschichten“ nicht ungebrochen weitergeschrieben werden müssen oder können. Zugleich schränkt sie die Einzelnen und die Gesellschaft aufgrund der wirtschaftlichen Krisen, politisch und sozial in ihrer Entwicklung von Perspektiven drastisch ein. Es ist offen, inwieweit rechtspopulistische Kräfte sich dies über den Moment hinaus zunutze machen können.

Becker, Karin et al. (Hg.) (2018), Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Rechte, Frankfurt am Main.

Hochschild, Arlie (2017), Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten, Frankfurt/New York.

Hosseini, Hamed S.A. (2021), The Routledge Handbook of Transformative Global Studies, New York.

Piketty, Thomas (2015), Das Kapital im 21. Jahrhundert, 7. Auflage, München.

Schmidinger, Thomas/Weidenholzer, Josef (2020), Virenregime. Wie die Coronakrise unsere Welt verändert. Befunde, Analyse, Anregungen, Wien.

Vrobuba, Georg (2017), Krisendiskurs. Die nächste Zukunft Europas, Weinheim/Basel.

Dr.ⁱⁿ Carina Altreiter: Spaltungslinien in der österreichischen Gegenwartsgesellschaft

Seit der sogenannten Flüchtlingskrise 2015, aber auch im Kontext des Brexit-Referendums oder der Bundespräsidenten-Wahl in Österreich 2016 und jüngst wieder im Zusammenhang mit den US Präsidentschaftswahlen ist das Bild einer gespaltenen Gesellschaft zu einem ständigen medialen Begleiter geworden. Dieses Bild ist zurecht beunruhigend. Es geht davon aus, dass sich hier zwei unversöhnliche Lager gegenüberstehen, die mitunter auch in gewaltvolle Auseinandersetzungen münden können.

Diese Fragen von sozialem Zusammenhalt und Spaltung wurden zwischen 2016 und 2019 in einer Studie an der [Universität Wien](#) gemeinsam mit [der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeit](#) untersucht.¹

Im Zentrum stand dabei der Begriff der Solidarität, der es erlaubt Inklusion und Exklusion als zwei Seiten einer Medaille zu untersuchen. Die Ergebnisse verweisen auf drei Spaltungslinien, entlang derer Menschen Abgrenzungen vornehmen. Erstens, Spaltungen entlang eines Leistungsprinzips. Zweitens, Spaltungen entlang von nationaler bzw. ethnischer Zugehörigkeit und drittens, Spaltungen entlang von sozialer Herkunft und Klassenlage. Allerdings ist das Bild der Spaltung in zwei Lager zu vereinfacht, um die Verhältnisse in Österreich angemessen zu beschreiben. Entlang dieser Spaltungslinien finden wir verschiedene Gruppen, die sich höchstens an den Polen unversöhnlich gegenüberstehen. In der breiten Mitte vermischen sich allerdings exkludierende und inkludierende Haltungen.

Abseits von den eher kleinen ideologisch gefestigten Lagern an den Polen haben wir es mit durchaus dynamischen Orientierungen zu tun. Diese sind nicht nur durch eigene Erfahrungen beeinflusst, sondern auch durch aktuelle politische Auseinandersetzungen. Die Ausgestaltung von politischen Maßnahmen, das allgemeine politische Klima und die herrschende Sprache beeinflussen die Richtung dieser Auseinandersetzungen. Der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien und Regierungen in Europa, aber auch in Österreich, hat dazu beigetragen, dass im politischen Diskurs vor allem die Spaltungslinien der nationalen und ethnischen Zugehörigkeit bedient werden. Die Spaltungen entlang von

Klassenunterschieden bleiben ausgeblendet. Das trägt dazu bei, dass Ungerechtigkeitsgefühle durch die Enttäuschung von legitimen Erwartungen an angemessene Arbeitsverhältnisse, sozialen Status, Lebensstandard, Beteiligung usw. von wenig privilegierten Klassen keinen öffentlichen Ausdruck mehr finden. Diese Leerstelle wird von rechtspopulistischen Parteien genutzt in dem die Unterschiede zwischen dem „Oben“ und „Unten“ zu einem Unterschied zwischen den „unsrigen“ und den „Fremden“ ethnisiert umgedeutet werden.

¹ Altreiter, C., Flecker, J., Papouschek, U., Schindler, S., & Schönauer, A. (2019). [Umkämpfte Solidaritäten. Spaltungslinien in der Gegenwartsgesellschaft](#). Wien.

Die Studie war Teil eines bilateralen FWF-Forschungsprojektes der Universität Wien (FWF I 2698-G27) und der Milton-Friedman-Universität in Budapest (NKFIA, ANN_2016/1, 120360). In Österreich wurden 1250 Personen mittels Fragebogen befragt und mit 48 Personen vertiefende Interviews geführt.

Über die Expert*innen

[Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer](#), 75, Gründer und von 1996 bis 2013 Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld. Er arbeitet dort jetzt als Forschungsprofessor zu den Themen Gewalt, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Autoritären Nationalradikalismus. – wilhelm.heimeyer@uni-bielefeld.de

[Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Brigitte Aulenbacher](#) ist Professorin für Soziologische Theorie und Sozialanalysen und Leiterin der Abteilung für Gesellschaftstheorie und Sozialanalysen, Institut für Soziologie, Johannes Kepler Universität Linz. Ihre Arbeitsgebiete sind Gesellschaftstheorie und Kapitalismusanalyse, Arbeits-, Care- und Geschlechterforschung. – Brigitte.Aulenbacher@jku.at

[Dr.ⁱⁿ Carina Altreiter](#) ist post doc researcher und Projektleiterin im vom FWF-geförderten Zukunftskolleg „Spatial Competition and Economic Policies“ an der Wirtschaftsuniversität Wien. Ihre Arbeitsschwerpunkte umfassen Arbeit und sozialer Wandel, soziale Ungleichheit und Klassenverhältnisse, Solidarität und sozialer Zusammenhalt, Wettbewerb und Ökonomisierung. – carina.altreiter@univie.ac.at

Kontakt für Rückfragen

Dr. Manfred Krenn

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43-1-31336 5604 | M: +43-677-620 44 3

E: krenn@diskurs-wissenschaftsnetz.at

W: <https://diskurs-wissenschaftsnetz.at/>

Nina Spurny, BA MA

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

M: +43 660 34 37 35 9

E: spurny@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Dr. Alexander Behr

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

M: +43 650-34 38 37 8

E: alexander.behr@univie.ac.at

Über Diskurs

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz ist eine Initiative von Wissenschaftler*innen, die dafür eintritt, dass wissenschaftliche Erkenntnisse ihre Bedeutung für den öffentlichen Diskurs und für politische Entscheidungen (wieder)erlangen. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website.